

Grosse Mängel bei der Pestizidkontrolle

Im Kanton Aargau starben wegen eines verunreinigten Pestizids Hunderttausende Bienen. Das erstaunt nicht: Der Bund kontrolliert nur selten, was in Pflanzenschutzmitteln drin ist.

Ein Aargauer Imker alarmierte kürzlich die Kantonspolizei. 600 000 seiner Bienen seien verendet. Die Ursache: Ein Bauer hatte das eigentlich unproblematische Insektizid «Pirimicarb 50 WG» versprüht, um Blattläuse zu bekämpfen. Doch das Pestizid war mit Fipronil verunreinigt. Das Insektengift ist in der Schweiz verboten. Der Bauer hatte das Spritzmittel bei der Landi gekauft. Bereits 2015 tötete ein mit Fipronil verunreinigtes Insektizid im Thurgau und im Emmental mehrere Hunderttausend Bienen.

Landi-Besitzerin Fenaco bedauert den neuen Fall. Das Insektizid stamme von der Langenthaler Sintagro AG, die es bei der Schweizer Niederlassung einer indischen Firma gekauft habe, der Sharda Cropchem Ltd. Die Fenaco sagt dazu, sie verlasse sich bei Pestiziden auf langjährige Partner wie etwa Sintagro. Die Produkte hätten «ein aufwendiges behördliches Zulassungsverfahren» durchlaufen.

Doch das reicht nicht. Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) prüft bei der Zulassung von neuen Pestizidprodukten fast nur Papiere. Jedes Un-



Opfer eines Insektengifts: Verendete Bienen

ternehmen muss zwar ein Muster seines Pestizids an die Zulassungsstelle schicken. Jedes Jahr kommen 60 Anträge rein. Das BLW lässt im Labor pro Jahr aber nur 10 bis 20 Muster prüfen. Es untersucht, ob der richtige Wirkstoff in der richtigen Menge und Beschaffenheit enthalten ist.

Pro Jahr kommen durchschnittlich nur 28 Produkte ins Labor

Das Amt überprüft mit den Kantonen zudem stichprobenweise Pestizide in den Läden. Von 2014 bis 2018 kamen laut den Jahresberichten durchschnittlich 28 Produkte pro Jahr ins Labor. Bei 16 Produkten gab es Abweichungen der Wirkstoffmenge gegenüber der Zulassung. Drei davon beanstandete das Bundesamt. Auf den Etiketten standen häufig falsche Wirkstoffnamen, Konzentrationen oder Chargennummern, oder es fehlten Angaben zu Sicherheitsauflagen.

Erstaunlich: Die Tester untersuchten die Pestizide nur 2016 und 2017 systematisch auf Verunreinigungen mit anderen Wirkstoffen - also in den

«Das Bundesamt setzt Menschen und Tiere im Blindflug einem unkontrollierten Feldversuch aus.»

Yves Zenger,
Greenpeace

Jahren nach den Vorfällen im Thurgau und im Emmental. 8 von 72 Produkten waren kontaminiert.

Zum Vergleich: In der Schweiz sind 3368 Pestizidprodukte zugelassen. In ihnen stecken laut Bundesamt für Landwirtschaft 381 Wirkstoffe.

Andreas Bosshard vom Verein Vision Landwirtschaft kritisiert die geringe Anzahl Laboruntersuchungen als «Stochern im Heuhaufen». Für Yves Zenger von Greenpeace zeigen die Verunreinigungen, dass die Pestizidzulassung nicht funktioniert. «Das Bundesamt für Landwirtschaft setzt Menschen und Tiere im Blindflug einem unkontrollierten Feldversuch aus.»

Kritik übte vor kurzem auch eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG. Sie kritisierte die Zulassungspraxis des Bundesamtes als mangelhaft und intransparent. Das BLW hält mehr Laboruntersuchungen nicht für nötig: «Unserer Erfahrung nach ist die Anzahl nicht konformer Produkte sehr gering.»

Eric Breitinger



Was halten Sie von der Zulassungspraxis des Bundes für Pestizide?

Schreiben Sie an:
redaktion@saldo.ch

Dank neuen Strassenlampen sparen Gemeinden Millionen

Immer mehr Gemeinden modernisieren ihre Strassenbeleuchtung. Sie reduzieren damit ihre Stromkosten um bis zu 75 Prozent. Doch die Einsparungen werden nur teilweise an die Einwohner weitergegeben.

Rund 800 000 Strassenlampen gibt es gemäss der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz (Safe) in der Schweiz. Die Mehrzahl leuchtet mit stromfressenden Quecksilberdampflampen.

«Heute sind ein Viertel aller Strassenlampen auf LED umgerüstet», sagt Giuse Togni, Präsidentin der Safe. Die Licht emittierenden Dioden (LED) weisen im Vergleich zu bisherigen Leuchtmitteln eine viel längere Lebensdauer auf. Sie lassen sich beliebig oft ein- und ausschalten sowie dimmen. Vor allem aber brauchen sie bis zu 75 Prozent weniger Strom.

80 Gigawattstunden weniger Strom pro Jahr

Togni geht davon aus, dass der Stromverbrauch der Strassenbeleuchtung seit 2012 um über 10 Prozent reduziert werden konnte. Das entspricht einem Minus von 80 Gigawattstunden oder 16 Millionen Franken.

Igis im Kanton Graubünden setzte vor zehn Jahren als erste Gemeinde flächendeckend auf LED (*saldo* 7/2012). Nach der Umrüstung sanken die Unterhalts- und Stromkosten von 110 000 auf 30 000 Franken pro Jahr. Doch zuerst musste Igis 620 000 Franken für den Umbau der 680 Lampen investieren. Dafür gabs Geld vom Bund: In den vergangenen



LED-Strassenlampe: Heller und sparsamer

700 Gigawattstunden

Strom verbrauchte die Schweiz 2012 für die Strassenbeleuchtung. Das waren 1,2 Prozent des Gesamtstromverbrauchs. Neuere Zahlen liegen nicht vor.

fünf Jahren bekamen über 100 Gemeinden total 2,2 Millionen Franken Subventionen - pro Lampe 100 Franken. Laut Safe kostet eine LED-Lampe etwa 1000 Franken.

Die Stadt Freiburg erhielt vom Bund 43 000 Franken - jetzt spart sie jährlich 364 000 Kilowattstunden. Bei 20 Rappen pro Kilowattstunde sind das 72 000 Franken. Winterthur erhielt 41 000 Franken und spart jährlich 76 400 Franken. Bei allen drei Gemeinden profitiert die Bevölkerung finanziell nicht direkt von den tieferen Stromkosten. In Freiburg heisst es: «Mit diesem Geld können andere Projekte entwickelt werden.» Ein

Sprecher des Stadtwerks Winterthur, sagt: «Weil in Winterthur die öffentliche Beleuchtung aus dem allgemeinen Steuerhaushalt finanziert wird, hat die Umrüstung keine direkte monetäre Folge.»

Bald 100 Millionen Franken tiefere Stromkosten

saldo hat sich bei 15 Deutschschweizer Gemeinden nach Gebühren- respektive Steuerreduktionen erkundigt. 11 haben geantwortet. Wie Freiburg und Winterthur sieht auch Allschwil BL keine finanzielle Entlastung der Einwohner vor. Freienbach SZ gibt laut dem Leiter Tiefbau und Verkehr «die erzielten Einsparungen mittels Budgetreduktion an die Einwohner weiter». Der Budgetposten Strom sank um 100 000 Franken. Auch Buchs SG gibt an, die Einsparungen an den Steuerzahler weiterzugeben. Der Gemeindepräsident von Gerlafingen SO verspricht, dass die Kostenersparnis von 46 000 Franken «durchaus auch mal eine Steuersenkung zur Folge haben könnte». Buchegg SO hat statt die Steuern zu senken ein Förderprogramm von 100 000 Franken für ökologische Heizungen lanciert.

Safe geht davon aus, dass 2035 alle Strassenlampen auf LED umgestellt sind. Das bedeutet: 500 Gigawattstunden weniger Stromverbrauch und 100 Millionen Franken tiefere Stromkosten. Ob und wie die Steuerzahler davon profitieren werden, steht in den Sternen. *Michael Soukup*



Sollten die Kosteneinsparungen dank LED-Lampen an die Einwohner weitergegeben werden?

Schreiben Sie an: redaktion@saldo.ch